

Fraktion **direkt**

34 | 20. März 2015

Zur Lage

Wir dürfen uns nicht blenden lassen

Deutschland muss die Grundlagen für den Wohlstand festigen

Die deutsche Wirtschaft brummt. Nach dem unerwartet starken Schlussquartal 2014 dürfte unsere Wirtschaft auch Anfang 2015 stark wachsen. Gründe hierfür sind der niedrige Ölpreis und der schwache Euro, der die deutschen Ausfuhren verbilligt. Damit sind die deutschen Exporteure gegenüber der amerikanischen Konkurrenz derzeit deutlich im Vorteil.

Wir dürfen uns von der Entwicklung aber nicht blenden lassen. Der Ölpreis kann mittelfristig steigen. Auch der Euro wird irgendwann wieder im Wert steigen. Darum muss uns auch in Zeiten guter Konjunktur daran gelegen sein, dass die Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit im Kern bewahrt oder möglichst noch verbessert.

„Unternehmen brauchen Spielräume für Investitionen“

Dazu gehört, dass wir den Unternehmen die Spielräume lassen, die sie für Investitionen benötigen. Nur wenn die Firmen Geld für die Entwicklung neuer Produkte ausgeben können, werden sie auch in Zukunft Arbeitsplätze erhalten und gute Löhne zahlen können. Dieser Gedanke gilt auch für den Übergang von Unternehmen im Erbfall.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss die Erbschaftsteuer überarbeitet werden. Der Vorschlag unseres Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble ist dafür nach wie vor eine gute Grundlage. Auch in der Fraktion beraten wir weiter über eine Lösung, die die Unternehmen möglichst schon, um sicherzustellen, dass Arbeitsplätze erhalten werden. Allerdings muss die Reform auch den Vorgaben des Verfassungsgerichts entsprechen. Denn es würde den Unternehmen wenig nützen, wenn Karlsruhe die Reform in einigen Jahren schon wieder kippen würde. Die Firmen brauchen Rechtssicherheit.



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Auch der Staat kann zur Zukunftsvorsorge beitragen. Die große Koalition hat gerade beschlossen, ihre Investitionen in die Infrastruktur in den nächsten Jahren um zehn Milliarden zu erhöhen. Eine Milliarde wird allein in den Ausbau des schnellen Internets gehen. Unser Infrastrukturminister hofft, durch die Versteigerung der neuen Mobilfunk-Frequenzen eine weitere Milliarde einzunehmen. Wir wissen: Nur wenn in Deutschland überall das schnelle Internet zur Verfügung steht, ist unser Land fit für die Zukunft.

Solche Kraftanstrengungen lohnen sich. In einem neuen Uni-Ranking der besten Hochschulen der Welt steht Deutschland mittlerweile auf Platz drei. Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern. Mit ihr wurden einige Universitäten besonders gefördert. Die meisten von ihnen sind nun unter den Top 100 der Welt zu finden.



Wir dürfen uns nicht blenden lassen	1
Wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur Deutschlands	2
Die Schuldenkrise in Europa ist noch nicht überwunden	3
„Wir brauchen Transparenz“	4
Mehr Cyber-Sicherheit für den Standort Deutschland	5
Die Rattenfänger des Dschihad stoppen	6
„Höchste Zeit für die Drohne“	7
Fit bleiben im Arbeitsalltag	8
Letzte Seite	9

Wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur Deutschlands

Vorratsdatenspeicherung ist notwendig



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In dieser Woche hat der Koalitionspartner die richtigen Signale ausgesendet, um das Thema Vorratsdatenspeicherung schnellstmöglich gesetzlich auf den Weg bringen zu können. Das ist aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur unseres Landes und somit notwendig für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Der internationale Terrorismus macht nicht an den Grenzen Europas und auch nicht Deutschlands halt. Es gibt immer wieder Terrorakte, die zeigen, dass radikalisierte Menschen bereits in unserer Mitte angekommen sind, wie jüngst in Paris oder Kopenhagen. Die Gegner der Vorratsdatenspeicherung weisen stets daraufhin, dass diese technische Möglichkeit keinen Anschlag und kein Attentat hätte verhindern können. Sämtliche deutsche Sicherheitsbehörden widersprechen dem deutlich: Für die Aufklärung von Straftaten, für die Suche nach Verbindungen zu möglichen Mittätern oder Hintermännern, ist eine Vorratsdatenspeicherung wichtig, als ein Mittel zur Stärkung der inneren Sicherheit.

Besondere Sicherheit der Daten

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil im Jahr 2010 nicht ge-

sagt, dass das Speichern von Verbindungsdaten grundsätzlich unzulässig, dass es nicht verfassungskonform ist. Sondern es hat uns den Auftrag gegeben, die besondere Sicherheit der Daten, die vorübergehend gespeichert werden sollen, zu berücksichtigen. Auch der Europäische Gerichtshof hat sich nie so prinzipiell geäußert, wie es die Gegner der Vorratsdatenspeicherung behaupten, und diese als nicht rechtmäßig erklärt. Zumal die meisten europäischen Länder, unter anderem Frankreich, Spanien, Italien, Polen, Großbritannien und die skandinavischen Länder die Vorratsdatenspeicherung gesetzlich veran-

kert haben. Es geht Deutschland also nicht um einen nationalen Alleingang, wie es die Opposition behauptet, sondern um ein notwendiges Vorhaben, das europäischen Sicherheitsinteressen gerecht wird.

Europäische Sicherheitsinteressen berücksichtigen

Wir wollen, dass unter strengen rechtsstaatlichen Auflagen eine Vorratsdatenspeicherung bei schwerster Kriminalität, Kinderpornografie und Terrorismus genutzt werden kann. Wir wollen, dass alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden, für eine gewisse Zeit, also mindestens sechs Monate, Verbindungsdaten zu speichern. Und das bedeutet erstens nicht, dass Gesprächsinhalte aufgezeichnet werden. Und zweitens nicht, dass die Daten beim Staat gespeichert werden. Im Übrigen liegen diese Daten bereits jetzt schon bei vielen Telekommunikationsunternehmen vor. Aber nicht bei allen. Und hier gilt es, bisher existierende Schlupflöcher für schwerste Straftäter zu schließen. Wichtig ist, dass die Telekommunikationsunternehmen ihrerseits dann auch auf einen hohen Sicherheitsstandard beim Umgang mit diesen Daten achten müssen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Die Schuldenkrise in Europa ist noch nicht überwunden

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Europäischen Rat in Brüssel

„Dauerhaft und nachhaltig überwunden haben wir sie noch nicht ... wir müssen uns weiter anstrengen“, sagte Angela Merkel bei ihrer Regierungserklärung im Bundestag. Am Donnerstag trafen sich die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Unter schwierigen Bedingungen habe man in der Bewältigung der Schuldenkrise schon einiges erreicht. Angela Merkel stellte fest, dass voraussichtlich in diesem Jahr – erstmals seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise – alle Euro-Länder wieder ein Wirtschaftswachstum schaffen könnten. „Das ist eine gute Nachricht“, bemerkte die Kanzlerin. Positive Signale gäbe es vom europäischen Arbeitsmarkt, auch aus Spanien und Irland. Hier zeige sich, was entschlossenes Handeln und solidarische Unterstützung bewirken können.



Foto: Tobias Koch

Kanzlerin Merkel während der Regierungserklärung

„TTIP ist notwendig für Wachstum“

Das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) ist für Angela Merkel ein weiteres wichtiges europäisches Projekt. Es biete große Chancen und sei notwendig für das Wirtschaftswachstum. Ohne Zölle und ohne unnötige Bürokratie, sei es wesentlich leichter für deutsche Unternehmen, sich auf dem US-Markt zu behaupten. Im vergangenen Jahr seien die deutschen Exporte in die USA um sieben Prozent auf 96 Milliarden Euro gestiegen. Das zeige „das enorme Potenzial des amerikanischen Marktes“, sagte die CDU-Vorsitzende. Sie sprach sich dafür aus, das TTIP-Abkommen noch in diesem Jahr abzuschließen.

Deutliche Worte fand die Bundeskanzlerin beim Thema Ukraine. Die Dauer der Sanktionen richte sich nach der Erfüllung der in Minsk getroffenen Vereinbarung. „Wir können diese Sanktionen nicht aufheben, wenn nur erste Forderungen erfüllt sind. Das wäre falsch.“ Die Verzögerungen bei

der Umsetzung des Abkommens von Minsk überraschen die CDU-Vorsitzende nicht. Es sei ihr immer klar gewesen, dass dieser Prozess nicht ohne Rückschläge ablaufen würde. Aber: „Anfänge sind gemacht.“ Angela Merkel appellierte an die anderen europäischen Staaten, die erfolgreiche gemeinsame Haltung nicht aufzugeben. Europa habe sich bewiesen. „Wir haben uns nicht spalten lassen. Ich möchte – und die ganze Bundesregierung möchte –, dass das so bleibt.“

Sorge um Libyen und Tunesien

Der Europäische Rat werde sich, so Angela Merkel, auch mit der Lage in Libyen beschäftigen. Das Land – nur 100 Kilometer vor den Toren Europas – befände sich am Rande eines Bürgerkrieges. Terroristen und organisierte Kriminelle verbreiteten Chaos. Beunruhigt ist die Bundeskanzlerin auch über die Entwicklungen in Tunesien. Sie gedachte der Opfer des Terroranschlags von Tunis, sprach den Angehörigen ihr Beileid aus und

stellte Tunesien deutsche Unterstützung in Aussicht.

Griechenland muss Zusagen einhalten

Im Hinblick auf den EU-Gipfel bekräftigte Angela Merkel: Athen müsse seine Zusagen einhalten. So sieht das auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder. Das Wesentliche an Politik sei, dass man sich aufeinander verlassen können muss. „Wenn das nicht mehr gewährleistet ist, gehen die Dinge schief“, sagte er. „Genau an diesem Punkt haben wir allen Grund Griechenland zu sagen, das müsst ihr auch einhalten und verstehen.“

Angela Merkel griff noch mal ihre Warnung auf: Scheitere der Euro, dann scheitere auch Europa, „denn der Euro ist weit mehr als eine Währung“. Deutschland sei bereit, aus Meinungsverschiedenheiten mit Griechenland Gemeinsamkeiten zu machen, sagte sie. „Die Welt schaut auf uns, wie wir in der Eurozone mit Krisen einzelner Länder umgehen.“

„Wir brauchen Transparenz“

Karin Maag über Lohngleichheit bei Frauen und Männern – Gründlicher Gesetzentwurf angemahnt



Foto: Andreas Krüger

Karin Maag

Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Noch immer bekommen Frauen und Männer für gleiche Arbeit nicht überall den gleichen Lohn. Die Koalition will das ändern. Über den Weg dorthin sprach „Fraktion direkt“ mit der Vorsitzenden der Gruppe der Frauen in der CDU/CSU-Fraktion, Karin Maag.

Frau Maag, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Da dem leider nicht so ist, muss nun der Gesetzgeber ran. Was ist geplant?

Maag: Nun, ein entsprechendes Gesetz haben wir im Koalitionsvertrag ja festgeschrieben. Entscheidend ist, dass Transparenz hergestellt wird. Damit eine Arbeitnehmerin besser verhandeln kann, muss sie die Gehaltsstrukturen im Unternehmen kennen und wissen, was jemand in einer vergleichbaren Position verdient. Kein Arbeitnehmer muss aber befürchten, dass die Gehälter der einzelnen Kollegen namentlich kenntlich gemacht werden. Es geht nur um eine Bandbreite für vergleichbare Tätigkeiten. Da sehe ich vor allem die nichttarifgebundenen Unternehmen

in der Pflicht.

Aber auch dort, wo Tarifbindung herrscht, bestehen noch strukturelle Ungleichheiten. Da bekommen zum Beispiel Männer Erschwerniszuschläge für manche Tätigkeiten, während Frauen mit vergleichbar schweren Aufgaben keine Zuschläge erhalten. Damit endlich nachgebessert werden kann, sehe ich auch das Bundesarbeitsministerium in der Pflicht. Dort sind die Tarifverträge hinterlegt. Ministerin Nahles sollte diese Tarifverträge auf Entgeltdiskriminierung überprüfen lassen.

„Typische Frauenberufe müssen aufgewertet werden“

Das Gleiche gilt für die grundsätzliche Einstufung von Tätigkeiten. Auch da kann ich die Tarifparteien nur bestärken: Berufe, die sich dem Dienst am Menschen verschreiben – also genau die Felder, in denen typischerweise Frauen tätig sind – müssen aufgewertet werden. Das ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels schlicht notwendig.

Es gibt offenbar Befürchtungen, der Gesetzentwurf könne dieses Jahr nicht mehr verabschiedet werden. Warum dauert das so lange?

Maag: Nun ist ja Schnelligkeit allein kein Qualitätsmerkmal. Mir ist daran gelegen, dass wir zügig zu einer guten Einigung kommen – aber maßgebend ist, wie wir für die Frauen das Beste erreichen. Das kann zum einen nur gelingen, wenn wir Gespräche mit den Tarifpartnern und allen politi-

schen Beteiligten führen, damit nachher ein Gesetz da ist, das auch alle mittragen und aktiv vorantreiben. Zum anderen müssen wir darauf achten, dass aus dem federführenden Ministerium – anders als bei der Frauenquote – ein verfassungskonformer Gesetzentwurf kommt. Wenn am Ende zentrale Elemente aus verfassungsrechtlichen Gründen geändert werden müssen, hilft dies niemandem.

Frauen verdienen auch deshalb weniger, weil sie oft in schlechter bezahlten Berufen arbeiten. Wie lässt sich diese Schieflage beseitigen?

Maag: Wir gehen die Gleichstellung auf mehreren Ebenen an. So haben wir mit der Frauenquote einen wichtigen Schritt getan, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Der Mindestlohn wird ebenso eine positive Wirkung auf die Einkommenssituation von Frauen entfalten. Da geht es nicht nur um einzelne Gewerbezweige, sondern zum Beispiel auch um die 450-Euro-Jobs, die häufig Frauen ausüben. Der Bund hat sich mit mehreren Milliarden Euro am Ausbau der Kitas beteiligt – obwohl es sich um eine Aufgabe der Länder handelt – und so endlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Jetzt nehmen wir die Entgeltgleichheit in den Blick, damit Ungerechtigkeiten in der Bezahlung von Frauen endlich ein Ende haben. Außerdem ist Bildung ein zentrales Thema. Wichtig ist mir, dass sich Mädchen schon in der Schule mit Berufsfeldern auseinandersetzen, die bisher von Männern dominiert sind. Deswegen beteiligen wir uns als Fraktion ja auch am Girls Day. Und wir dürfen die Diskussion nicht vergessen, welche Folgen die berufliche Stellung von Frauen für ihre spätere Rente hat.

Mehr Cyber-Sicherheit für den Standort Deutschland

Bundestag debattiert erstmals das neue IT-Sicherheitsgesetz – Wichtiger Baustein zur Umsetzung der Digitalen Agenda

Das Netz ist anfällig: Angriffe von Hackern und Cyber-Spionen verursachen nicht nur wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe, sie zerstören auch das Vertrauen der Nutzer. Mehr Sicherheit der IT-Systeme ist daher ein wichtiges Anliegen der Koalitionsfraktionen. Sie wollen, dass Deutschland der sicherste digitale Standort weltweit wird. Möglich machen soll dies das sogenannte IT-Sicherheitsgesetz, das am Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde.

Das Gesetzesvorhaben ist ein wesentlicher Bestandteil zur Umsetzung der Digitalen Agenda. Mit der vorgesehenen Neuregelung soll der Schutz in wichtigen Bereichen des digitalen Datenflusses verbessert werden. So sollen die Verfügbarkeit des Datenzugangs, die Vertraulichkeit der Inhalte und die Authentizität der Nutzerprofile gewährleistet werden. Ziel des Gesetzes

ist eine Verbesserung der IT-Sicherheit bei Unternehmen und ein verstärkter Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Internet. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und das Bundeskriminalamt (BKA) sollen in ihren Rechten gestärkt werden.

Mindeststandards und Meldepflicht für Unternehmer

Vor allem bei den Betreibern sogenannter kritischer Infrastrukturen

spielt digitale Sicherheit eine große Rolle. Damit sind Einrichtungen gemeint, die für das Funktionieren des Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind – also beispielsweise Wasserwerke, Stromversorger oder Gesundheitseinrichtungen. Fällt dort die Infrastruktur aus, könnte dies weitreichende Folgen haben. Nach dem Gesetzentwurf müssen diese Betreiber künftig IT-Mindeststandards einhalten. Außerdem müssen sie si-

beraten werden. Außerdem müssen sie die Bundesnetzagentur an das BSI melden. Und nicht nur das. Die Anbieter sollen ihre Kunden warnen, wenn ihnen auffällt, dass etwa deren Internetanschluss für Cyber-Angriffe missbraucht wird.

Neue Rolle für das BSI

Cyber-Angriffe werden technologisch immer ausgereifter und komplexer. Sie erfolgen zunehmend zielgerichtet.

Das BSI soll auf nationaler Ebene zur zentralen Stelle für IT-Sicherheit werden. Dort sollen die Daten über Pannen und Lecks einlaufen und ausgewertet werden. Die Ergebnisse werden dann an die Betreiber zurückgemeldet – ein echter Vorteil für die Unternehmen, denn durch die Meldepflicht können sie wichtige Erkenntnisse für ihre eigene Sicherheit gewinnen.



cherheitsrelevante Zwischenfälle dem BSI melden.

Mehr Schutz für die Verbraucher im Internet

Das IT-Sicherheitsgesetz sieht auch mehr Schutz für die Verbraucher, die User, vor. Telekommunikationsanbieter sollen dazu verpflichtet werden, IT-Sicherheit „nach dem Stand der Technik“ bereitzustellen. Kommt es zu einer Sicherheitspanne, müssen die Anbieter den Vorfall sofort über

Wie wichtig das IT-Sicherheitsgesetz ist, verdeutlicht der Vorsitzende der AG Digitale Agenda, Thomas Jarzombek: „Die Wirtschaft, allen voran die IT-Hersteller und Betreiber von IT-Infrastrukturen, muss auch weiterhin in sichere Netze investieren und transparente Sicherheitsstandards auf hohem Niveau weiterentwickeln.“ Das wirke sich positiv auf Industrie, Mittelstand und Startups in Deutschland aus – mit dem Ergebnis, dass sie weiterhin starke Player im globalen Wettbewerb sein können.

Die Rattenfänger des Dschihad stoppen

Unionsfraktion diskutiert mit Experten über Möglichkeiten der Prävention und Deradikalisierung



Foto: Steven Rösler

Catrin Rieband vom Verfassungsschutz und Karin Maag von der Gruppe der Frauen

Sie sind jung und labil, sie wissen wenig über Religion und sie suchen die Provokation. Viel mehr Gemeinsamkeiten haben junge Männer und Frauen oft nicht, die von Deutschland aus in den Dschihad, den Heiligen Krieg, ziehen. Entsprechend schwer ist es, ihre Radikalisierung aufzuhalten. In einem Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion mit Experten ging es um Möglichkeiten der Prävention und Deradikalisierung. Als besorgniserregend nannte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Karin Maag, die Tatsache, dass immer mehr junge Frauen der islamistischen Propaganda verfallen.

„Es geht bei der Prävention darum, dass sich die jungen Frauen und Männer gar nicht erst von den Rattenfängern einfangen lassen“, sagte Maag. Rund 650 Dschihadisten sind bislang von Deutschland aus nach Syrien oder in den Irak gezogen. Ein Drittel von ihnen ist bereits zurückgekehrt, teils brutalisiert, teils desillusioniert. Studien zufolge sind 40 Prozent von ihnen unter 25 Jahren, elf Prozent Frauen. Nicht nur Schulabbrecher lassen sich anwerben, sondern auch Realchüler und Gymnasiasten.

„Einen stereotypen Weg zur Radikalisierung gibt es nicht“, sagte der in-

nenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer. Gemeinsam sei den meisten nur, dass sie Schicksalsschläge oder Misserfolge erlebt hätten. Catrin Rieband vom Bundesamt für Verfassungsschutz berichtete, dass die Jugendlichen häufig über das Internet an radikales Gedankengut herangeführt würden. Ausschlaggebend seien aber persönliche Kontakte mit charismatischen Figuren oder Kontaktbörsen wie Islam-Seminare, Benefizveranstaltungen oder salafistische Moscheen.

Bildungshintergrund spielt keine Rolle

Gerade bei den jungen Frauen sind Rieband zufolge die sozialen Netzwerke entscheidend, erlaubten sie ihnen doch, in der Islamistszene aktiv zu werden, ohne die vorgeschriebene Geschlechtertrennung zu verletzen. In Weblogs von Frauen aus den Kampfgebieten werde der Dschihad ideologisierend oder romantisierend dargestellt. Die Angeworbenen leisteten meist logistische Unterstützung, indem sie missionierten oder Spenden sammelten. Gelegentlich begleiteten sie ihre Männer als gehorsame Ehefrauen und Mütter in das Kampfgebiet.

Dass der Bildungshintergrund für die Anfälligkeit zur Radikalisierung keine Rolle spielt, bestätigte auch die Islamwissenschaftlerin Lamya Kador. Ihrer Auffassung nach sind junge Menschen immer dann leicht rekrutierbar, wenn ihr Selbstverständnis oder ihre Zugehörigkeit in Frage steht. Dann biete der radikale Islam eine Möglichkeit der Identifizierung. Nicht umsonst suchten sich die Salafisten bei der Rekrutierung junger Leute diejenigen aus, die von Religion keine Ahnung hätten. Sie seien leichter manipulierbar, weil sie nicht mit Argumenten kontern könnten.

„Für mehr Chancengerechtigkeit sorgen“

Fehlende religiöse Bildung nannte auch der Leiter der Beratungsstelle „Radikalisierung“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Florian Endres, als gemeinsames Merkmal. Darüber hinaus könnten auch Probleme im eigenen Umfeld die Radikalisierung fördern – etwa schwierige Familienverhältnisse oder Gewalterfahrung. Bei Frauen sei ein Radikalisierungsmuster, dass sie die größtmögliche Provokation gegenüber dem Elternhaus suchten. Der Radikalisierungsprozess sei ähnlich dem in rechtsextremistischen Kreisen, sagte Endres.

Die Integrationsbeauftragte der Unionsfraktion, Cemile Giousouf, berichtete, dass junge Menschen, die von hier aus in den Dschihad zögen, zu 90 Prozent Diskriminierungserfahrung in Deutschland gemacht hätten. „Deshalb müssen wir für mehr Chancengerechtigkeit sorgen“, betonte sie. Sie sprach sich auch dafür aus, zusammen mit den islamischen Verbänden und muslimischen Gemeinden passgenaue Angebote für die religiöse Bildung zu entwickeln, um den islamistischen Rattenfängern die theologische Argumentation wegzunehmen.

„Höchste Zeit für die Drohne“

Fachgespräch der Unionsfraktion – Politiker und Experten diskutieren zivilen Einsatz unbemannter Flugobjekte in der Entwicklungszusammenarbeit



Foto: Steven Rösler

Einsatzmöglichkeiten gäbe es viele für die unbemannten Flugobjekte: Von der Kartografierung unzugänglicher Gebiete über den Schutz von Naturparks bis zum Katastrophenmanagement. Doch noch sind zivile Drohnen in der Entwicklungszusammenarbeit allenfalls im Probetrieb unterwegs. In einem Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion loteten Politiker und Experten aus, wie der Einsatz ziviler Drohnen in Zukunft aussehen könnte.

Bislang werden Drohnen hauptsächlich militärisch genutzt. Doch es sei „höchste Zeit“, das Thema der zivilen Nutzung anzusprechen, meinte Joachim Prey von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die Politik müsse die Rahmenbedingungen setzen und der Privatsektor in die Entwicklung von Modellen und Infrastruktur investieren.

Als Anwendungsgebiete nannte er die Kartierung und Fernerkundung von Flächen, für die bislang Satelliten eingesetzt werden. Drohnen erledigten die Aufgabe schneller und billiger, sagte Prey. Helfen könnten Drohnen auch bei der Optimierung der Landnutzung, bei der Bewässerung und Düngung, der Siedlungsentwicklung und beim Hochwasserschutz. Hilfe

nach Naturkatastrophen und die Bekämpfung der Wilderei seien ebenso mögliche Einsatzbereiche.

Sibylle Pfeiffer, Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, liegt der Wildschutz besonders am Herzen. Sie nannte die Jagd auf Nashörner und Elefanten eine Tragödie. Die Wilderei sei in Afrika heute das, was früher die Blutdiamanten gewesen seien. Damit verbunden seien Korruption, Betrug, Geldwäsche und organisierte Kriminalität. Mit Drohnen könnten nicht nur die Ranger der Nationalparks beim Schutz der Tiere unterstützt, sondern auch die Wilderer identifiziert und Beweismittel gesammelt werden.

Der Leiter des Büros Kamerun der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Christian Ruck, lieferte aus seiner Erfahrung Bilder für ein „flächendeckendes Massaker“ an Wildtieren, die leere Wälder, Savannen und Wüsten hinterließen. Mit den Gewinnen aus Elfenbein finanziere sich auch die Terrororganisation Boko Haram, berichtete er. „Wir suchen nach neuen, technischen Formen der Bekämpfung“, sagte Ruck. Dabei komme es darauf an, dass auch Beweismittel für die Strafverfolgung geliefert würden. Erfahrungen mit zivilen Drohnen

sammelten derzeit in Afrika nur Namibia, Südafrika und Kenia. Für eine Ausweitung der Anwendung sei wichtig, dass die Anschaffungs- und Betriebskosten sinken, dass genügend Wildhüter im Umgang mit Drohnen ausgebildet und dass Rechtsfragen geklärt würden.

Jonathan Ledgard von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne, ehemaliger Afrika-Korrespondent des „Economist“, zeigte sich in dieser Hinsicht optimistisch. Drohnen würden über kurz oder lang das, was jetzt schon das Handy für die meisten Afrikaner sei – unersetzlich. Für ihn ist der Einsatz ziviler Drohnen unter anderem eine Lösung des chronischen Verkehrs- und Transportproblems des Kontinents: Stau in den Städten und fehlende Straßen auf dem Land. Zudem seien Drohnen billig, umweltfreundlich und punktgenau einsetzbar.

Dabei ist Drohne nicht gleich Drohne. Sven Jürß, Geschäftsführer von microdrones, erläuterte die Vor- und Nachteile von Flugobjekten mit Tragflächen und solchen mit Rotoren. Das Modell, das er beim Fachgespräch vorstellte, vereint die Vorteile beider: die große Reichweite von Flugzeugen sowie die hohe Flexibilität von Hubschraubern.

Fit bleiben im Arbeitsalltag

Erster Gesundheitstag der CDU/CSU-Fraktion – Vom Hörtest über Massage bis zur Ernährungsberatung



Fotos: Steven Rösler

Yoga, Massage, Ernährungsberatung – beim ersten Gesundheitstag der CDU/CSU-Fraktion konnten sich die Mitarbeiter informieren, wie sie im Arbeitsalltag fit bleiben. Sie erfuhren, wie sie sich vor arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren schützen, wie sie ihren Lebensstil so anpassen, dass sie ihr körperliches und psychisches Wohlbefinden steigern. CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder betonte: „Sich gesund und fit zu erhalten ist heute ein bedeutendes Thema in vielen Betrieben“ – und nun auch in der Fraktion.

Unter dem Motto „Die Fraktion bewegt sich“ wurden den Mitarbeitern zahlreiche Angebote gemacht: vom Sehtest über den Hörtest bis zur Körperfettmessung, von der Shiatsu-Massage über Vorträge zur Stressbewältigung bis zur Beratung über Bo-

nusangebote der Krankenkassen. Zahlreiche Interessenten ließen ihren



Blutzuckerwert messen, machten mit bei der „bewegten Pause“ oder informierten sich über Ergonomie am Arbeitsplatz.

Der Vorsitzende des Personalrates, Rüdiger Sannwald, riet den Mitarbeitern, sich über ihre Gesundheit Gedanken zu machen, bevor sie krank werden: „Wenn das Kind erst einmal in den

Brunnen gefallen ist, sind die Ausgaben höher, wird die Sache aufwändiger – und die Betroffenen leiden.“ Man müsse die Menschen für die Vorbeugung gewinnen, meinte auch Volker Kauder und riet zu „Bewegung, Bewegung, Bewegung“.

Prävention in Betrieben fördern

Prävention ist ein Thema, dem sich die Fraktion auch auf politischer Ebene bereits angenommen hat. So debattierte der Bundestag am Freitag in erster Lesung das Präventionsgesetz, das eine Reihe von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung in Schulen, am Arbeitsplatz oder in Pflegeheimen vorsieht. Um Prävention sollen sich

künftig gemeinsam die Kranken- und die Rentenversicherung, die kommunalen Spitzenverbände und die Sozialpartner kümmern.

Ein Schwerpunkt ist die Förderung der Prävention im Betrieb. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sollen von den Krankenkassen dabei unterstützt werden, sich um die Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter zu kümmern. Die Leistungen der Krankenkassen für Prävention sollen mehr als verdoppelt werden. Auch Früherkennungsuntersuchungen und das Impfwesen sollen gefördert werden.



Entscheidender Schritt zur Einheit

Erste freie Volkskammerwahl

Am 18. März 1990 – vor genau 25 Jahren – konnten die Bürger der DDR zum ersten und einzigen Mal ihre Volkskammerabgeordneten frei wählen. Und sie machten davon in beeindruckender Weise Gebrauch: Mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 93 Prozent und einem Stimmanteil von 48 Prozent für das unionsgeführte Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ bekannten sie sich klar zur Demokratie und zur Einheit in Freiheit – dem Ziel, welches CDU und CSU seit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers im Gegensatz zu vielen anderen nie aufgegeben hatten.

In einer vereinbarten Debatte erinnerte der Bundestag am Mittwoch an diesen Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR. Die Unionsfraktion zeigte ihre besondere Verbindung zum Thema mit einer eigenen Veranstaltung, zu der auch Zeitzeugen geladen waren.

1989/90 waren Jahre, die geprägt waren von dem wachsenden Selbstbewusstsein der Menschen in der DDR, die sich nicht länger durch die Staatspartei SED gängeln und beherrschen lassen wollten. „Wir sind das Volk“ skandierten sie auf den Montagsdemonstrationen. „Nie wieder Sozialismus“ war ihre Überzeugung. Im Herbst des Jahres 1990 floss die Bewegung in der Wiedervereinigung.

Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl verstand, dass die Wünsche der Deutschen zügig eingelöst werden mussten – und dass es zugleich darum ging, Nachbarn, Freunden und Partnern in Europa und der Welt Angst vor dieser Entwicklung zu nehmen. Zielstrebig und umsichtig nutzte Helmut Kohl die einzigartige Gelegenheit.



Foto: Steven Rösler

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducsu.de/veranstaltungen

- 23. März 2015 Kongress Inklusion von Behinderten in Arbeit und Gesellschaft
- 25. März 2015 Kongress zur Zukunft des Automobils
- 16./17. April 2015 Tagung der GfV von CDU/CSU- und SPD-Fraktion in Göttingen
- 16. Juni 2015 Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion

„Die CDU- und CSU-Fraktion im Bundestag“

Neues Info-Heft in leicht verständlicher Sprache

Wer ist die CDU- und CSU-Fraktion? Was ist ihr wichtig? Was will sie erreichen? Ein neues Info-Heft mit dem Titel „Die CDU- und CSU-Fraktion im Bundestag. Arbeit. Ziele. Werte.“ gibt Antworten auf diese und weitere Fragen in leicht verständlicher Sprache. Es richtet sich vor allem an Menschen mit Lernschwierigkeiten. Erklärt wird

nicht nur, welche Politik die Fraktion macht, sondern auch wie sie funktioniert oder wie der Alltag der Abgeordneten aussieht.

Bestellt werden kann das Heft unter fraktion@cducsu.de.

Unter www.cducsu.de/publikationen steht es zum Download bereit.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu